

**Brexit**

Neologismus aus den Wörtern Britannien und Exit (Ausgang), bezeichnet einen möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU

**Referendum**

Abstimmung der wahlberechtigten Bürger

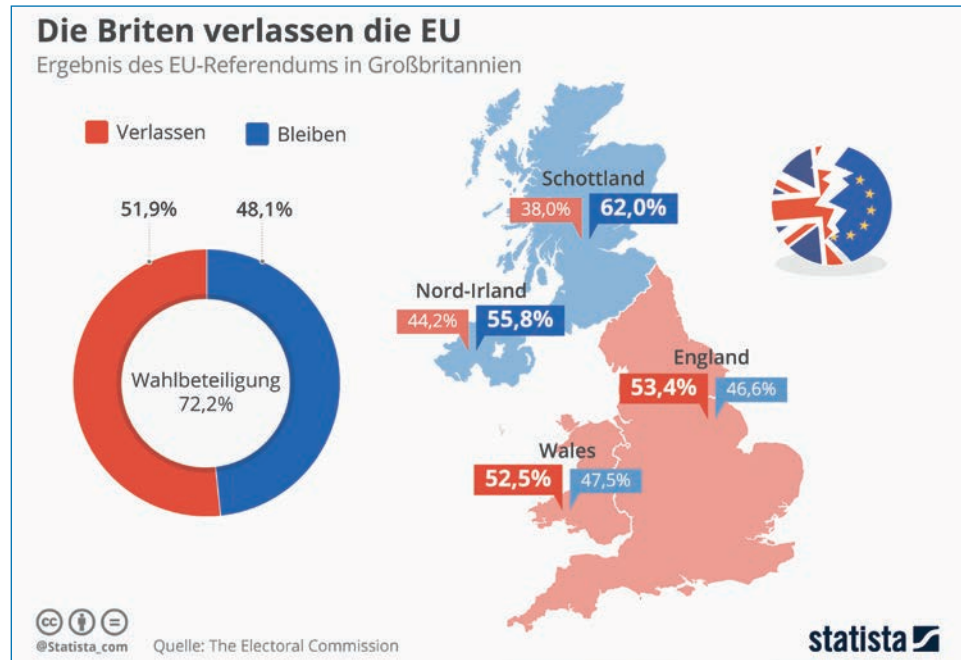
**Brexit-Referendum**

EU-kritische Strömungen, v.a. die UKIP-Partei, gewannen in Meinungsumfragen zunehmend an Zustimmung, unter diesem politischen Druck kündigte Premierminister Cameron im Januar 2013 ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU an. Das Referendum ist theoretisch nicht bindend, das Ergebnis der Abstimmung aber mit einem hohen Maß an politischer Legitimität ausgestattet.

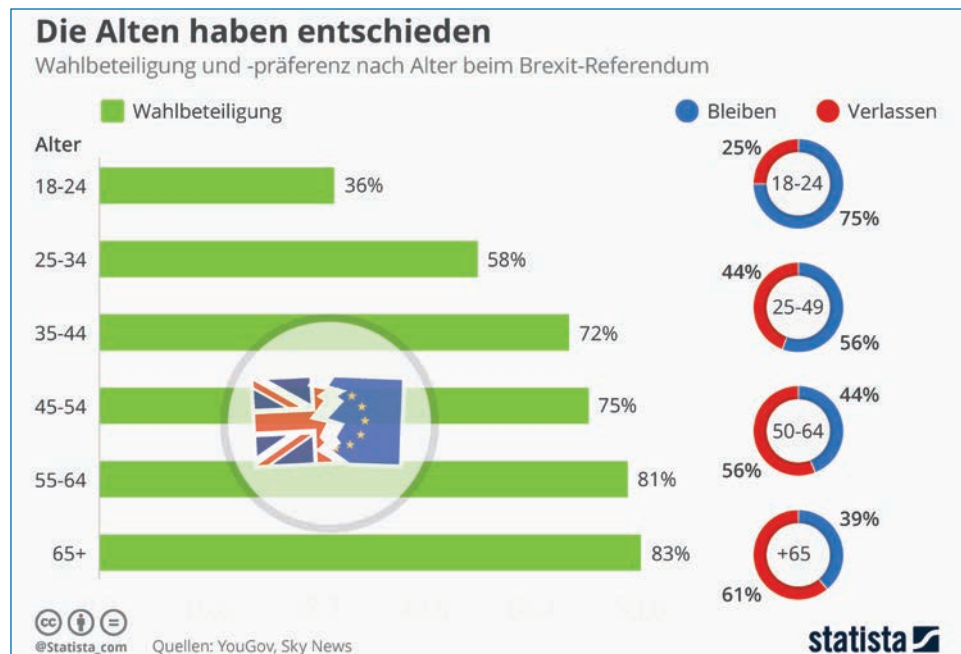
**8.2.2 Brexit – eine EU ohne Großbritannien?**

**M 4 ● Ergebnisse des Referendums in Großbritannien im Juni 2016**

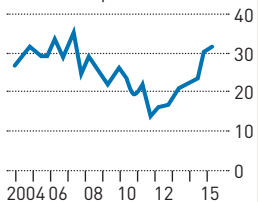
a) Ergebnis nach Regionen



b) Ergebnis nach Altersgruppen



**Haltung zur EU in GB**  
Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor? (% der Antworten mit „sehr positiv“ oder „ziemlich positiv“)



**M 5 ● Die EU aus britischer Perspektive**

Die Briten und Europa – das war immer schon eine schwierige Beziehung. Erst im Jahr 1973 und damit mehr als anderthalb Jahrzehnte nach der Gründung der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist Großbritannien dem Staatenbund beigetreten. Das Verhältnis ist aus Sicht der Briten immer eine nüchterne Geschäftsbeziehung geblieben: Die EU, das ist für viele auf der Insel in erster Linie eine Freihandelszone, die wirtschaftliche Vorteile bringt. Alles andere wurde über die Jahrzehnte mit mehr oder weniger Gegrummel in Kauf genommen. Keinem anderen Mitglied hat die EU so viele Ausnahmen und Sonderregeln eingeräumt wie Großbritannien. Doch mittlerweile ist die Vernunftfehle vergiftet, und es ist vor allem ein Thema, das

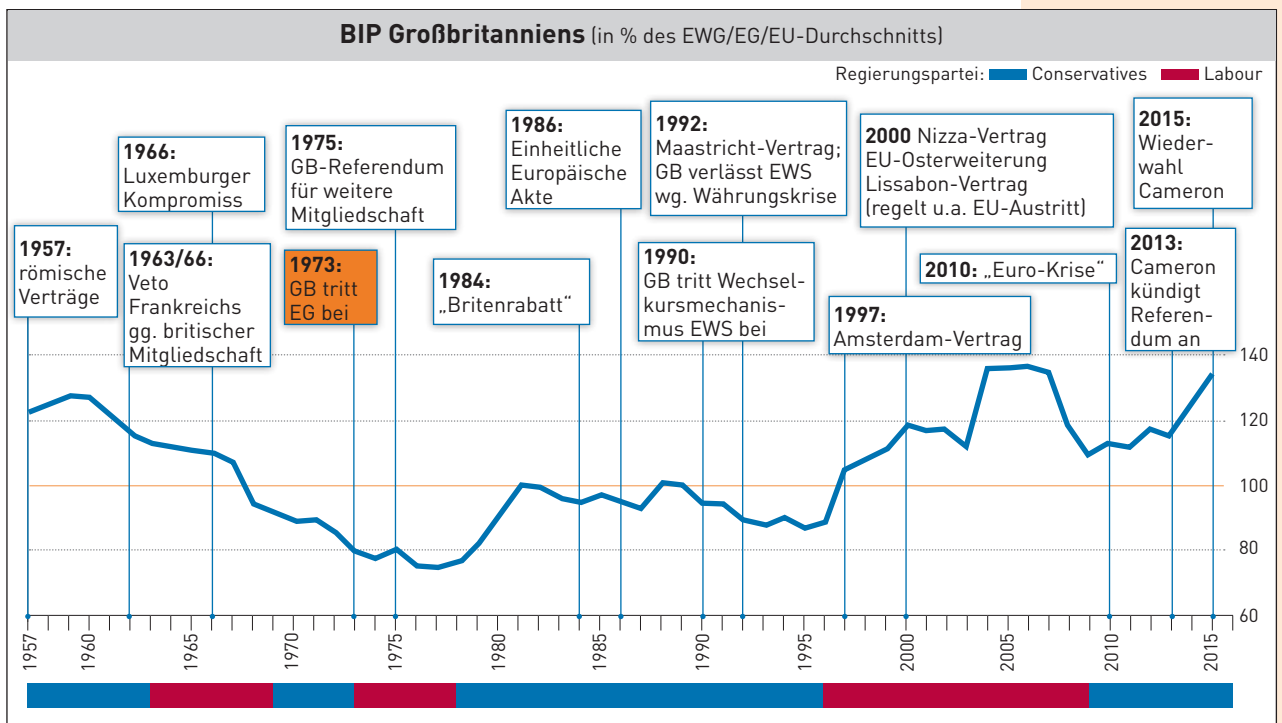
die EU zum Feindbild vieler Briten gemacht hat: die Einwanderer, die insbesondere seit der Osterweiterung der EU vor elf Jahren in großer Zahl ins Land geströmt sind. In den zwölf Monaten bis Juni 2016 ist die Zahl der Einwanderer netto um ein Drittel auf den Rekordwert von 336.000 Neuanrücklingen gestiegen. Darunter waren, anders als etwa in Deutschland, nur wenige Flüchtlinge, dafür aber viele Bürger anderer EU-Staaten. Im Vergleich zur Jahrtausendwende hat sich der Einwandererstrom damit verdoppelt. Es ist ein Klima der Fremdenfeindlichkeit entstanden: Millionen Briten fürchten, dass die Neuanrücklinge ihnen die Jobs, die Krankenhausbetten und ihren Kindern die Schulplätze wegnehmen.

Marcus Theurer, *www.faz.net*, 6.1.2016

**Sonderregelungen für GB**

- Euro: GB hält an der eigenen Währung fest, um größere wirtschafts- und finanzpolitische Souveränität zu behalten.
- Schengen-Raum: GB nimmt nicht an der Abschaffung bzw. Beschränkung der stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen teil.
- „Britten-Rabatt“: Seit 1984 erhält GB Teile seiner Netto-Zahlungen an den EU-Haushalt erstattet, weil es wenig von den Agrarsubventionen profitiert.

**M 6 ● Wirtschaftswachstum in Großbritannien – mit und ohne EU**



*www.economist.com*, 24.2.2016; Zahlen: OECD, Eurostat, IWF

## M 7 ● Argumente der Brexit-Debatte

### Gegen einen Brexit

#### Handel

Durch die EU-Mitgliedschaft können britische Unternehmen leicht und kostengünstig Waren in EU-Länder exportieren. Die EU-Befürworter betonen, dass die EU Großbritanniens größter Abnehmer von Exportgütern ist. Die Summe, die europäische Firmen in Großbritannien investieren würden, betrage durchschnittlich 35,8 Milliarden Euro pro Jahr. Dank der wirtschaftlichen Bedeutung der EU kann Großbritannien auch leicht Freihandelsabkommen mit Ländern außerhalb der EU schließen.

#### Arbeit

Die britische Industriellenvereinigung (CBI) schätzt, dass 3 Millionen Stellen in Großbritannien vom Handel mit der EU abhängen. Ein Brexit würde die britische Wirtschaft in die Rezession stürzen. Das BIP könnte dem „Center for economic performance“ (CEP) der London School of Economics zufolge um bis zu 9,5 % sinken. Die britischen Landwirte würden zudem EU-Subventionen in Milliardenhöhe verlieren.

#### Sicherheit

Ist Großbritannien kein EU-Mitglied mehr, dann würde auch sein militärischer Einfluss sinken. Der europäische Haftbefehl, der die Auslieferung von Straftätern innerhalb der EU vereinfacht, hätte zum Beispiel in Großbritannien keine Gültigkeit mehr.

#### Mobilität

Die Briten bräuchten VISA und Aufenthaltsgenehmigungen, um in andere EU-Länder reisen oder dort arbeiten zu dürfen. Grenzkontrollen auch zwischen Nord- und Süd-irland würden wieder eingeführt.

#### Politik

Großbritannien hätte außerhalb der EU weniger Einfluss auf internationale Entscheidungen und würde etwa sein Veto-Recht in Brüssel verlieren. Der Austritt könnte auch das Unabhängigkeitsbestreben Schottlands stärken, wenn dieses in der EU bleiben will.



### Für einen Brexit

#### Handel

Großbritannien könnte leichter Handelsabkommen mit nicht EU-Mitgliedstaaten schließen. Zudem beklagen EU-Gegner, dass kleine und mittelständische Unternehmen bei einem Verbleib in der EU kaum vom europäischen Binnenmarkt profitieren würden, ihre Wettbewerbsfähigkeit jedoch unter den Regulierungen der EU leide.

#### Abgaben

Verlässt Großbritannien die EU, müsste es keine Abgaben mehr an Brüssel zahlen. Damit würde das Land Austrittsbefürwortern zufolge mehrere Milliarden Pfund jährlich sparen. Diese könnten in Krankenhäuser, Schulen, Straßenbau etc. investiert werden.

#### Mobilität

Großbritannien könnte bei einem EU-Austritt Grenzkontrollen einführen. Die UKIP-Partei schlägt dabei eine Einwanderungspolitik nach australischem Modell vor, bei der Einwanderer je nach ihrer Qualifikation ein Visum erhalten.

#### Internationaler Einfluss

Die UKIP-Partei argumentiert, dass ein Brexit Großbritanniens internationalen Einfluss stärken und nicht schwächen würde. Ein Beispiel: Bei einem Brexit wäre Großbritannien in der Welthandelsorganisation WTO mit einem eigenen Sitz vertreten und nicht als Teil der EU.

#### Innenpolitik

Großbritannien wäre bei einem Austritt unabhängig von EU-Regulierungen und könnte zum Beispiel die Höchstgrenzen der Arbeitsstunden pro Woche festlegen.



<http://info.arte.tv>, 12.10.2015

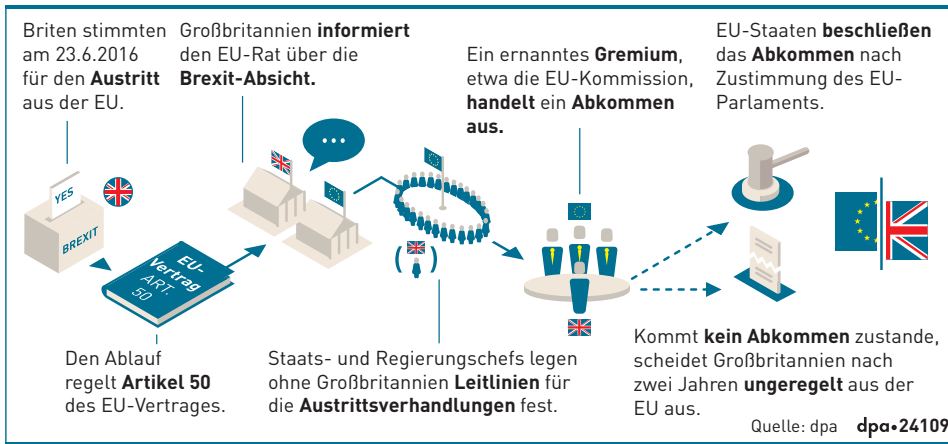
### F Gedanken-Experiment:

Stellen Sie für Deutschland zusammen, welchen Nutzen das Land aus der EU-Mitgliedschaft zieht und welche Kosten (im weiteren Sinne) damit verbunden sind.

### Aufgaben

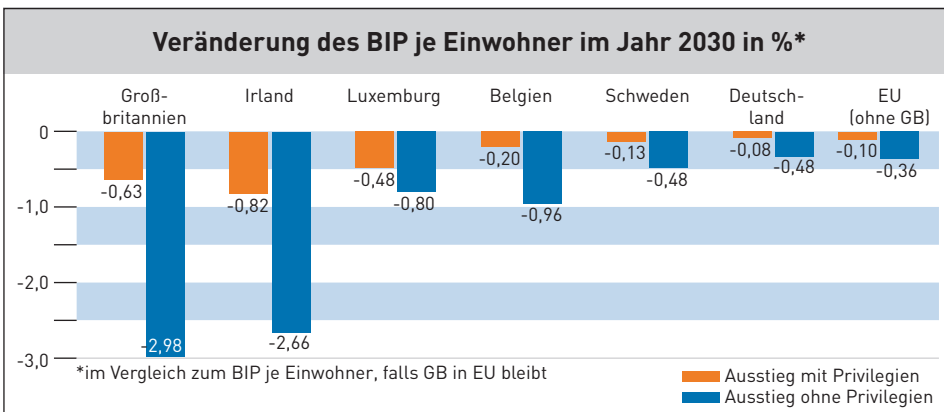
- 1 Untersuchen Sie den Zusammenhang zwischen der Bewertung der EU/EG in britischen Meinungsumfragen und der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung (M 5, M 6).
- 2 a) Erschließen Sie die Interessen und Wertmaßstäbe, die den Argumenten der Brexit-Debatte zugrunde liegen.  
b) Ordnen Sie die Argumente der Brexit-Debatte nach Betrachtungsebenen (M 7).
- 3 Diskutieren Sie aus britischer Perspektive, inwieweit der im Referendum befürwortete Austritt in eigenem Interesse ist (M 4-M 7).

**M 8 ● So könnte ein möglicher Brexit ablaufen**



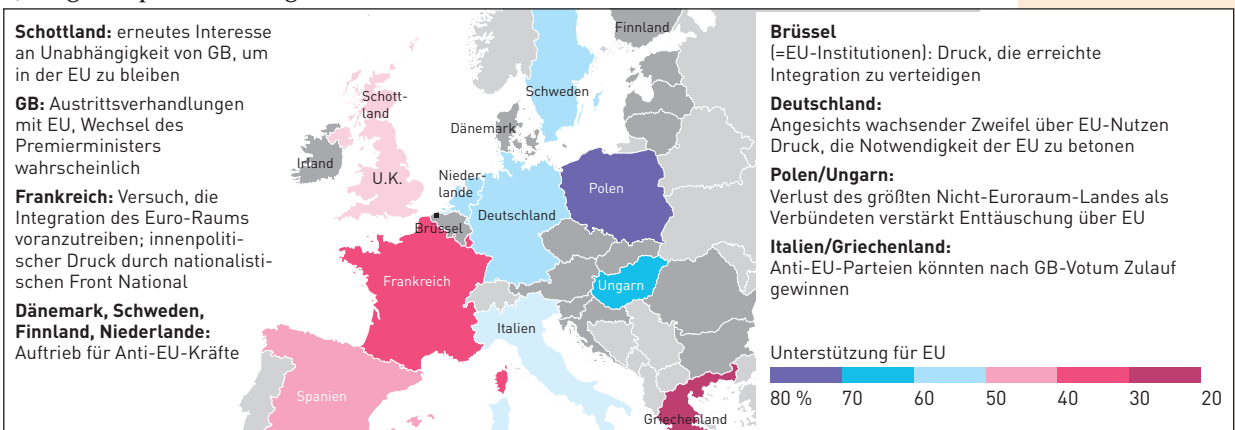
**M 9 ● Welche Folgen hat der Brexit? Szenarien**

a) ökonomische Perspektiven



www.tagesschau.de, 20.2.2016

b) mögliche politische Folgen in EU-Ländern

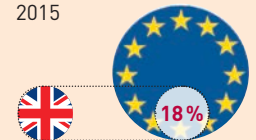


Nach: Bloomberg reporting, www.bloomberg.com, 13.6.2016, Übersetzung: Gunnar Meyer

**Die EU verlöre durch einen Brexit...**

**Wirtschaftskraft**

Britischer Anteil am BIP-Volumen der EU 2015



**Bevölkerung**

Britischer Anteil an der EU-Bevölkerung 2015



**Wissenschaft**

Britischer Anteil an Nobelpreisträgern aus EU-Staaten\*



\* Forschungsland der Wissenschaftler

### M 10 ● Muss die EU den Brexit fürchten?

Was genau passiert, wenn die Briten im Juni [2016] für den Brexit stimmen, ist unklar. Nach Art. 50 EU- Vertrag kann jeder Mitgliedstaat den Austritt aus der EU erklären. Dieser tritt jedoch nicht sofort in Kraft, sondern erst nach einer Frist von zwei Jahren. In dieser Zeit soll zwischen dem Mitgliedstaat und der EU ein Austrittsabkommen ausgehandelt werden, welches auch den „Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union“ beinhaltet – also beispielsweise seine weitere Beteiligung am Europäischen Wirtschaftsraum oder am Bildungsprogramm Erasmus Plus. Erst wenn dieses Austrittsabkommen steht, wird klar sein, wie weit „draußen“ Großbritannien künftig ist. [...]

*Großbritannien wird im Binnenmarkt bleiben wollen*

In Bezug auf die Wirtschaftspolitik dürfte das einigermaßen klar sein: Großbritannien würde hier sicherlich ein möglichst umfassendes Freihandelsabkommen anstreben, um eng in den Europäischen Binnenmarkt integriert zu bleiben. [...] Im Ergebnis könnte Großbritannien damit in einer ähnlichen Position sein wie Norwegen oder die Schweiz heute: Um am europäischen Binnenmarkt teilnehmen zu dürfen, müssen diese Länder die entsprechenden EU-Rechtsakte umsetzen, ohne jedoch am Gesetzgebungsprozess selbst beteiligt zu sein. Für die betreffenden Staaten ist das kein besonders attraktives Modell, weshalb vor einigen Monaten auch der frühere norwegische Außenminister Espen Barth Eide (Ap/SPE) die Briten vor einem EU-Austritt gewarnt hat. Der EU selbst hingegen würde es kaum weh tun, wenn Großbritannien auf diese Weise auf sein Mitspracherecht verzichtet.

Dennoch ist der Brexit aus wirtschaftlicher Sicht ein Risiko für die EU: Mindestens bis der Austrittsvertrag ausgehandelt ist, wäre er mit einer hohen Unsicherheit verbunden, die Anleger von Investitionen abschrecken könnte. Darunter würde zwar vor allem

Großbritannien selbst leiden, insbesondere falls die großen Banken aus der Londoner City beginnen, ihre Sitze in einen sicheren Hafen auf dem Kontinent zu verlegen. Aber natürlich sind Großbritannien und die EU wirtschaftlich eng vernetzt, und eine britische Wirtschaftskrise würde auch im Rest der EU das Wachstum schwächen.

*Kaum Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik*

In anderen Politikbereichen dürften die Auswirkungen eines britischen Austritts noch weniger dramatisch ausfallen. In Fragen der Innen- und Justizpolitik etwa verfügt das Vereinigte Königreich schon jetzt über weitreichende Ausnahme Klauseln: Es ist nicht Mitglied des Schengen-Raums und nimmt auch an der übrigen EU-Gesetzgebung in diesem Bereich nur sehr begrenzt teil. Selbst die EU-Grundrechtecharta findet in Großbritannien schon heute keine Anwendung.

In der Außenpolitik wiederum ist Großbritannien zwar ein Schwergewicht mit einem großen und effizienten diplomatischen Dienst, einer schlagkräftigen Armee und einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Trotzdem würde ein Brexit auch hier keine allzu gravierenden Veränderungen bringen: Bekanntlich handelt die EU in der Außenpolitik nur nach einstimmigen Entscheidungen aller Mitgliedsregierungen und meistens auf Grundlage einer freiwilligen „Koalition der Willigen“, die auch für Nicht-Mitglieder offensteht. [...]

*Ein Verlust für die politische Kultur der EU?*

Ein anderes Argument, weshalb die EU einen britischen Austritt fürchten sollte, betrifft die politische Kultur. Wie die Neue Zürcher Zeitung vor einigen Wochen schrieb, hat „der britische Einfluss [...] die EU liberaler, wettbewerbsorientierter, weniger zentralistisch und transatlantischer gemacht“; für den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU/EVP) wäre die EU ohne Großbritannien „weniger effizient und weniger liberal“. [...]

95 *Droht ein Domino-Effekt?*

Bleibt noch ein letztes Argument, den Brexit zu fürchten: Könnte er zum Auslöser für einen Domino-Effekt werden, der auch in anderen Ländern zu Austrittsdebatten führt und Europaskeptiker begünstigt? Der tschechische Premierminister Bohuslav Sobotka (ČSSD/SPE) warnte jedenfalls vor einigen Wochen bereits vor einer möglichen „Czexit“-Debatte – und wenn wir schon dabei sind, warum nicht auch noch ein „Frexit“, „Swexit“, „Spexit“ oder „Dexit“?

Indessen unterstellt diese Vorstellung einer drohenden Austrittswelle, dass Großbritannien mit seinem nationalen Alleingang erfolgreich ist und in anderen Ländern als Vorbild wahrgenommen wird [...] Kurzfristig mögen Europaskeptiker europaweit von einem Brexit-Votum profitieren; langfristig würde es wohl eher dazu beitragen, ihre Forderungen und Versprechen empirisch zu widerlegen.

*Kann ein Brexit für die EU von Vorteil sein?* [...] [Dem Europablogger] Jon Worth zufolge versteht Großbritannien die EU zudem stärker als andere nationale Regierungen als Nullsummenspiel zwischen den Mitgliedstaaten, bei dem es immer Sieger und Verlierer geben muss – und parlamentarische Demokratie als etwas, was nur auf nationaler Ebene möglich ist, nicht im überstaatlichen europäischen Rahmen. Fortschritte auf dem Weg zu einer europäischen Demokratie, in der nicht nationale Interessen, sondern konkurrierende Visionen des europäischen Gemeinwohls die Politik bestimmen, seien deshalb ohne Großbritannien leichter zu erzielen.

Wäre Europa also wirklich besser dran, wenn Großbritannien austritt? Auch an

den Argumenten der pro-europäischen Brexit-Befürworter lässt sich zweifeln. Denn auch wenn der britische Europadiskurs sich durch einen besonders vehementen Nationalismus auszeichnet, ist die britische Regierung oft genug nur die lauteste, nicht aber die einzige Gegnerin wichtiger neuer Integrationssschritte.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn es um einen größeren EU-Haushalt oder eine eigene europäische Steuerkompetenz geht, stand die deutsche Bundesregierung in den letzten Jahren stets fest an der Seite Großbritanniens. Ob ein Brexit wirklich neue Integrationskräfte freisetzen könnte, ist deshalb fraglich. Ebenso gut könnte es sein, dass dadurch nur die übrigen Blockierer einen Vorwand verlieren – und künftig ihre Vorbehalte selbst äußern, statt das den Briten zu überlassen. [...]

Manuel Müller, *www.foederalist.eu*, 31.3.2016

## M 11 ● Time to say good-bye



Karikatur: Markus Grolik, 23.6.2016

### Aufgaben

- 1 Stellen Sie die angenommenen Folgen eines Brexits für die EU getrennt nach ökonomischen und politischen Folgen zusammen (M 7-M 10).
- 2 Nehmen Sie Stellung zur Aussage der Karikatur (M 11).
- 3 Diskutieren Sie, wie die EU auf den im Referendum befürworteten Austritt Großbritanniens reagieren sollte.

## Ob Brexit oder nicht – der EU droht der Zerfall

Das ungefähr war die Stimmung in den Tagen vor der Brexit-Abstimmung [...]: eine existenzielle, aber diffuse Verunsicherung angesichts der Zukunft der EU und Europas. Es geschieht gerade etwas, das es der europäischen Idee nach eigentlich nicht geben kann: Desintegration im Integrationsprojekt.

Wer unzufrieden mit dem Kurs der EU ist, kann ihn allein nicht ändern. Seine Stimme zählt kaum. Aber auf nationaler Ebene können Unzufriedene durchaus Einfluss nehmen auf die Regierung, sie abwählen, sodass am Ende EU-kritische nationale Regierungen in Brüssel bremsen, wie es mit Ungarn der Fall ist. [Der niederländische Politikwissenschaftler] Vollaard [...] bezeichnet so etwas als „teilweise Austritte innerhalb der EU“. Es geht um Staaten oder Gesellschaften, die nicht mehr richtig mitmachen; die lästige EU-Richtlinien nicht umsetzen, unliebsame Partnerländer am liebsten rauswerfen wollen, ihre Beiträge nicht mehr zahlen. Man könnte das auch inneren Zerfall nennen. Er hat in der EU längst begonnen. Das zeigt sich zum Beispiel an der Flüchtlingspolitik: Mehrmals haben sich die Regierungschefs in Brüssel darauf geeinigt, Flüchtlinge umzusiedeln; erst aus Italien und Griechenland, dann aus der Türkei. Das Kontingent dafür, 160.000 Plätze insgesamt, hat die EU mehrmals verkündet, aber nie bereitgestellt. Die nationalen Regierungen fangen einfach nicht an. So wird die EU zur Ankündigungsunion. [...]

Wer miteinander handelt, bekriegt sich nicht. Das war das große Friedensverspre-

chen der Union. Nun aber haben der Ukraine-Krieg und die Flüchtlingskrise gezeigt: Interdependenz erhöht auch die Kosten, wenn anderswo etwas schiefgeht. Eine Erkenntnis, die auch aus der Bankenkrise bekannt ist. Heute schlagen sich zentraleuropäische Länder mit den in Griechenland gestrandeten Migranten herum und Großbritannien muss Sanktionen gegen Russland mittragen, obwohl es sich von der Krim-Annexion nicht betroffen fühlt. Dass Kooperation auch schädlich sein kann, ist für Europa ein unerhörter, ja gefährlicher Gedanke. Umso offener sollte man ihn aussprechen. Es könnte ein wichtiger Schritt sein, die Verlierer Europas ernst zu nehmen und nicht länger so zu tun, als gäbe es sie nicht. [...] [E]s gehören auch jene dazu, für die die Auflösung homogener nationaler Identität ein Verlust ist. Ein Verlust, auf den die EU bisher kaum eine andere Antwort gibt als: Stellt euch nicht so an. [...] Vollaard plädiert für absichtliche Unbestimmtheit. Auf die EU übertragen hieße das: Wer will, dass sich die EU und ihre Mitglieder in jeder Sekunde an die postulierten Grundsätze halten, wird nicht durch diese Krise kommen. Ein Überleben der europäischen Institutionen, wie geschrumpft und geschädigt auch immer, hätte den Vorteil, dass es etwas gäbe, womit man weitermachen könnte. Man hätte einen Ort für Verhandlungen und Kooperation. [...] Man könnte es auch mit Rainer Maria Rilke sagen: „Wer spricht vom Siegen? Überstehen ist alles!“

Lenz Jacobsen, *www.zeit.de*, 23.6.2016

### Aufgaben

- 1 Arbeiten Sie Jacobsens Einschätzung der Interdependenz von Staaten in der EU heraus.
- 2 Ordnen Sie diese Position in das Spektrum der Ihnen bekannten Integrationskonzepte ein.
- 3 Diskutieren Sie Chancen und Risiken der empfohlenen „absichtlichen Unbestimmtheit“.